

auf. Dazu Idith Zertal: »Nicht einmal zehn Tage waren verstrichen seit dem Arabischen Gipfel, als Minister Yigal Allon in seiner Funktion als Koordinator von Siedlungsbelangen in den besetzten Gebieten darum bat, die Errichtung von Siedlungen in der Jordansenke und im Etzion-Block auf die Tagesordnung zu setzen.« (Zertal, S. 33) Mittlerweile ist die Zahl der Siedelnden auf 500.000 angestiegen. Ihre völlige Rückholung war auch während des »Friedensprozesses« nicht in Aussicht gestellt. Die besetzten Gebiete tragen verwaltungstechnisch hebräische Bezeichnungen biblischer Provenienz, es wird weiter gebaut. Der Umzug in die Siedlungen ist staatlich subventioniert, die Energieversorgung gesichert. In Hebron ist die Innenstadt für die jüdischen Siedler reserviert. Es gibt eigene Straßen, die einheimische Palästinenser nicht benutzen dürfen. Klingt das alles für dich so, als warte Israel seit Jahrzehnten nur darauf, die eroberten Gebiete zurück zu geben?

Harmlose religiöse Schwärmer?

Meine Ausführungen zur Siedlerbewegung in dem strittigen Artikel würdigst du keines Satzes. Deine eigene Aussage dazu lautet, es sei dir plausibel, wenn religiöse Menschen in der Nähe ihrer Heiligtümer leben wollten. Na gut – das ginge eventuell auch, ohne andere in der Nähe wohnende Gruppen als Fremdkörper anzusehen und Staatsgrenzen zu verschieben. Du verfehlt das Spezifikum nationalreligiöser Gesinnung: Der Staat Israel hat den Auftrag, die Ankunft des Messias zu beschleunigen und das gesamte Palästina wieder dem Judentum zurückzugeben. Oder umgekehrt: Die heiligen Stätten sind Symbole der nationalen Einheit. Nationaler und religiöser Fanatismus gehen eine eigentümliche Symbiose ein. Ironischerweise hat sich dieser Messianismus, folgt man Carlo Strenger, erst mit dem Sechstagekrieg herauskristallisiert, wurzelt nicht etwa in jüdischer Mystik, speist sich vielmehr aus europäischen Quellen einer romantisch-irrationalen Volksgeist-Idee. Strenger resümiert: »Den messiani-

schen Eiferern gelang es geschickt, die Angst der Israelis, die Grenzen Israels könnten zu unsicher sein, für sich zu nutzen und zum Motor der ungehemmten Siedlungspolitik im Westjordanland zu machen...« (Strenger, S. 66). Die Besiedelung militärisch besetzten Landes durch Bürger und Bürgerinnen der Besatzungsmacht stellt einen schweren Verstoß gegen die UN-Konvention dar. Erwähnt wird dies u.a. – für Freunde des Völkerrechts wie dich – in Resolution 446 des UN-Sicherheitsrates von 1979 oder Resolution 2334 von 2016.

Eine ausführlichere Fassung dieses Textes ist auf der Homepage der BLZ zu finden.

Quellen:

Bregman, Ahron: A History of Israel. Hampshire/New York, 2003.
Strenger, Carlo: Israel. Einführung in ein schwieriges Land. 5. Auflage. Berlin, 2015.
Zertal, Idith/Eldar, Akiva: Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967. München, 2007.

Zur Antisemitismus-Debatte in Deutschland

Seniorinnen und Senioren in der GEW Bremen diskutieren

Marianne Berger in Absprache mit dem Sprecher*innen-Team

■ »Wenn ich die Politik der israelischen Regierung kritisiere, wird mir häufig der Vorwurf gemacht, ich würde antisemitische Tendenzen vertreten.« So formulierte es einer unserer Kollegen, und mehrere Kolleginnen und Kollegen hatten ähnliche Erfahrungen gemacht. Menschen, die im Einsatz für Menschenwürde und gegen Rassismus zeitlebens eine Hauptmotivation für ihr politisches Handeln sahen, trifft ein solcher Vorwurf hart. Wie gehen wir mit diesem Problem um? Wo holen wir uns neue Informationen? Unser Treffen galt diesem Thema.

Als Referenten luden wir Herrn Professor Rolf Verleger, Uni Lübeck, ein. Er ist Sohn zweier Überlebender von Auschwitz, ehemaliges Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland und Kritiker der israelischen Siedlungspolitik – also ein kompetenter Partner für unsere Debatte.

Die Antisemitismus-Debatte in Deutschland greift seiner Meinung nach zu kurz. Wichtig wäre eine Debatte über Einstellungen zu Minderheiten in unserer Gesellschaft. Beispielsweise seien negative Einstellungen zu Sinti, Roma, Musli-



Prof. Rolf Verleger
zu Gast in Bremen

men erschreckend höher als zu Juden. Im Sinne einer Stärkung der Demokratie müssten Strategien entwickelt werden, die den Umgang mit Minderheiten verbessern.

Folgend ein Auszug aus dem Skript von Rolf Verleger:

»Viel ist in den Medien und in der Politik von Antisemitismus die Rede, wenig von Antisemitismus. Dieser Diskurs entspricht nicht der realen Verbreitung dieser beiden Vorurteilmuster. Zudem entsteht Respekt für

andere am ehesten dann, wenn sich alle Beteiligten ihrerseits respektiert fühlen. Der wirklichkeitsverzerrende Fokus auf Antisemitismus in der öffentlichen Debatte steht einer solchen Respektbalance entgegen und wird daher keine positiven Wirkungen haben. (...) Der Verbreitung von negativen Vorurteilen über Juden schenken Politik und Medien breite Beachtung. Der Bundestag beschloss im November 2008 und Dezember 2014 die Berufung jeweils eines Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Der dreihundert Seiten starke aktuelle Bericht des zweiten Expertenkreises vom April 2017 (1) enthält Empfehlungen, wie man dem Antisemitismus besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen könnte, unter anderem durch »ein regelmäßiges, vom Bund finanziertes Monitoring antisemitischer Einstellungen in Form einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung sowie qualitativer Studien unter Berücksichtigung besonderer Bevölkerungsgruppen« ((1), Seite 290).

Diese Empfehlung wird ausgesprochen, obwohl die Verbreitung negativer Vorurteile über Juden seit Jahrzehnten und zusätzlich nochmals in den letzten fünfzehn Jahren immer mehr zurückgegangen ist.

An dieser Stelle zeigte der Referent die Ergebnisse mehrerer Befragungen zu Vorurteilen in Deutschland und in Großbritannien:

Diese Studienergebnisse legen die Folgerung nahe, dass in den Gesellschaften Deutschlands und Großbritanniens Vorurteile über Juden nicht das wichtigste gesellschaftliche Problem im Bereich der Xenophobie sind. Vielmehr liegt sozialer Sprengstoff hauptsächlich in Vorurteilen über Muslime.

Dass trotzdem »Antisemitismus« in der öffentlichen Diskussion eine so herausragende Rolle spielt, hat unter anderem zwei Gründe: Erstens, dass Kritiker an Israels Politik im Verdacht stehen, durch Vorurteile über Juden motiviert zu sein, zweitens, dass unter Muslimen negative Vorurteile über Juden wahrscheinlich weiter verbreitet sind als in der übrigen Bevölkerung.

Wenn es denn zutrifft, dass Kritik an den Zuständen in Israel häufig aus

Wann ist Kritik an ...

... Israel antisemitisch?	... der Türkei antiislamisch?
(A) Wenn die Politik Israels auf Eigenschaften aller Juden zurückgeführt wird?	(A) Wenn die Politik der Türkei auf Eigenschaften aller Muslime zurückgeführt wird?
(B) Wenn Boykott und Sanktionen gegen Israel gefordert werden?	(B) Wenn Boykott und Sanktionen gegen die Türkei gefordert werden?
(C) Wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird?	(C) Wenn das Existenzrecht der Türkei in Frage gestellt wird?

Tabelle: Gegenüberstellung von Kritik an Israel mit Kritik an der Türkei

Vorurteilen gegen Juden heraus erfolgt und/oder die Kritiker ein objektiv oder subjektiv Judenschaden-wollendes Ziel verfolgen, dann müsste in ähnlicher Weise Kritik an der Türkei häufig aus islamophoben Motiven heraus erfolgen und/oder ein objektiv oder subjektiv Muslimenschaden-wollendes Ziel verfolgen. Schließlich sind – wie oben berichtet – negative Vorurteile über Muslime verbreiteter als über Juden, müssten also auch eher in solche politischen Urteile hineinspielen.

In diesem Sinne enthält Tabelle 1 drei gängige Verbindungen zwischen Israelkritik und Antisemitismus, ergänzt durch parallele Verbindungen zwischen Türkeikritik und Antiislamismus:

Diese Gegenüberstellung gab den Gedanken vieler unserer Gesprächsteilnehmer eine neue Richtung – geschichtliche und politische Rückblicke des Referenten machten deutlich, dass ein solcher Vergleich durchaus legitim ist und helfen kann, Klarheit in die Debatte zu bringen. Zum Umgang mit negativen Vorurteilen gegen Juden bei Muslimen meint er:

Es ist fraglich, ob negative Vorurteile der muslimischen Bevölkerung gegenüber Juden durch spezielle pädagogische Maßnahmen behoben werden können, die sich nur an Muslime richten und einseitig Vorurteile gegen Juden abbauen möchten. Wenn diese ein Spiegelbild islamophober Einstellungen der übrigen Gesellschaft sind,

inklusive der jüdischen Deutschen, dann werden sich beide Einstellungen vielleicht nur gemeinsam und symmetrisch abbauen lassen. Das Schlüsselwort für ein solches Vorgehen heißt Respekt. Respektiert zu werden ist gleichbedeutend mit dem Gefühl, durch die Mehrheitsgesellschaft als gleichwertig anerkannt zu werden.

Die offensichtliche Asymmetrie zugunsten von Juden und zuungunsten von Muslimen, wie sie in heutigen ritualisierten Antisemitismus-Debatten zutage tritt, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen und der Gleichwertigkeit von Minderheiten. Der naheliegende Weg, um bei Muslimen negative Vorurteile über Juden abzubauen, ist, Muslime zu respektieren. Ein Antirassismusbeauftragter könnte vielleicht für dieses Ziel nützlich sein; ein Antisemitismusbeauftragter ist es höchstwahrscheinlich nicht.

Sicherlich wäre aber die nachhaltigste Methode, um den inneren Frieden zwischen Muslimen, Juden und der Mehrheitsbevölkerung in den westlichen Gesellschaften zu wahren, eine gerechte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts anzustreben.

Seine Meinung zur Siedlungspolitik der israelischen Regierung beschreibt treffend sein Satz: Auf geraubtem Land kann man nicht in Frieden leben.

Die hohe Anzahl der Besucher und die anschließende engagierte Diskussion zeigte das große Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen an diesem Thema.